

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Hamburger Morgenpost für Online-Medien

(Gültig ab Mai 2024)

1. Definitionen

1.1 „Angebot“ bezeichnet das Angebot der Hamburger Morgenpost über die Schaltung und Veröffentlichung eines oder mehrerer Werbemittel in Medien-, Informations- und Kommunikationsdiensten, insbesondere im World Wide Web („Online-Medien“) zum Zwecke der Verbreitung.

1.2 „Werbeauftrag“ ist das Angebot eines Auftraggebers zur Schaltung und Veröffentlichung einer oder mehrerer Anzeigen oder anderer Werbemittel (nachfolgend „Werbemittel“ oder „Anzeige“) eines Werbungtreibenden in Online-Medien.

1.3 Ein Werbemittel kann aus einem oder mehreren der folgenden Elemente bestehen: aus einem Bild und/oder Text, aus Tonfolgen und/oder Bewegtbildern (z.B. Banner, Video), aus Grafik oder Text, von denen aus auf das Angebot des Partners verlinkt wird oder aus der Einbindung von Inhalten des Partners auf den Online-Medien.

1.4 „Hamburger Morgenpost“ ist der Betreiber und Vermarkter der von ihr betriebenen und vermarkteten Online-Medien.

1.5 „Nutzungsbasierte Online-Werbung“ ist jedes Online-Werbemittel, das mit Hilfe personenbezogener Daten der tatsächlichen oder vermuteten Zuordnung zu einer bestimmten Zielgruppe angesteuert wird.

2. Vertragsschluss

2.1 Ein Vertrag über einen Werbeauftrag kommt durch Veröffentlichung des Werbemittels oder durch Bestätigung der Hamburger Morgenpost in Textform zustande.

2.2 Die Hamburger Morgenpost ist berechtigt, Aufträge oder Abschlüsse über Dritte vermarkten zu lassen, die als Vertreter der Hamburger Morgenpost und auf deren Rechnung handeln.

2.3 Soweit nicht anders vereinbart, sind Angebote der Hamburger Morgenpost freibleibend und stehen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der angebotenen Leistungen.

3. Anzeigenveröffentlichung

3.1 Die Hamburger Morgenpost behält sich das Recht vor, die Struktur der Seiten und/oder die Bezeichnung der Bereiche jederzeit zu ändern.

3.2 Werbemittel werden von der Hamburger Morgenpost standardmäßig multiscreen (Website, mobile Website, App) angeboten und ausgeliefert.

3.3 Ein Ausschluss von Konkurrenzanzeigen wird grundsätzlich nicht zugesagt.

4. Pflichten des Auftraggebers

4.1 Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Inhalte, insbesondere seine Werbemittel und die Webseiten, auf die das Werbemittel verweist, nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen und insbesondere jugendschutz-, presse-, wettbewerbs-, datenschutz-, straf- und mediendienstrechtliche Vorschriften einhalten.

4.2 Der Auftraggeber stellt die Hamburger Morgenpost von allen etwaigen daraus entstehenden Kosten, einschließlich der Kosten der Rechtsverteidigung, frei.

5. Übermittlung von Online-Werbemitteln

5.1 Der Auftraggeber ist verpflichtet, ordnungsgemäße, insbesondere den technischen Vorgaben der Hamburger Morgenpost entsprechende Vorlagen rechtzeitig, spätestens 5 Werktagen vor Veröffentlichung, anzuliefern.

5.2 Kosten der Hamburger Morgenpost für vom Auftraggeber gewünschte Änderungen der Vorlagen hat der Auftraggeber zu tragen.

6. Mängel

6.1 Entspricht die Veröffentlichung der Anzeige nicht der vertraglich geschuldeten Beschaffenheit, hat der Auftraggeber Anspruch auf Zahlungsminderung oder eine einwandfreie Ersatzanzeige, jedoch nur in dem Ausmaß, in dem der Zweck der Anzeige beeinträchtigt wurde.

6.2 Mängelrügen müssen unverzüglich nach Veröffentlichung gegenüber der Hamburger Morgenpost geltend gemacht werden.

7. Zahlungen

7.1 Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich entsprechend der Leistungserbringung. Die Zahlung ist sofort nach Rechnungserhalt netto Kasse fällig.

7.2 Der Auftraggeber kann gegen Ansprüche der Hamburger Morgenpost nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung aufrechnen.

8. Schlussbestimmungen

8.1 Änderungen der AGB werden dem Auftraggeber in Textform mitgeteilt und gelten als genehmigt, sofern dieser nicht binnen eines Monats widerspricht.

8.2 Erfüllungsort ist der Sitz der Hamburger Morgenpost. Gerichtsstand ist der Sitz der Hamburger Morgenpost. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.